



## Sessionsvorschau Frühjahrssession 2022 – Netzwerk Kinderrechte Schweiz

In der Frühjahrssession sind verschiedene Vorstösse traktandiert, die die Kinderrechte betreffen:

Der **Nationalrat** befasst sich in der kommenden Session mit verschiedenen Geschäften, die für die Kinderrechte wichtig sind. Besonders zu erwähnen ist die Motion von Yvonne Feri «[Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen. Nationales Programm](#)», Mit der Motion wird der Bundesrat aufgefordert, ein nationales Programm zur besseren Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen zu schaffen. Teil davon soll die verbesserte Ausbildung von Fachpersonen, welche mit Kindern arbeiten, sowie eine wissenschaftlich fundierte Evaluation bereits bestehender Instrumente und Prozesse sein.

Weiter wird sich der Nationalrat mit dem Postulat von Florence Brenzikofer befassen, die eine [Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle für Asylsuchende](#) fordert. Mit dem Postulat soll der Bundesrat beauftragt werden, die Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle im Asylwesen zu prüfen. Diese Meldestelle soll Ansprechpartner bei Gewalt, Diskriminierung und anderweitigen schwerwiegenden Problemen in den Asylunterkünften sein. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats mit Verweis auf die Zuständigkeit der Kantone. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz hat im NGO-Bericht bereits entsprechenden Handlungsbedarf aufgezeigt. So kritisiert das Netzwerk unter anderem den erschwerten Zugang zu kindgerechten und niederschweligen psychologischen Angeboten in Bundes- und kantonalen Asylzentren sowie die ungleichen Bildungschancen für Jugendliche aus dem Asylbereich.

Mit der Motion 20.3987 «[Für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern \(Sans-Papiers\)](#)» stellt die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei erneut die verfassungsgeschützten Rechte von Kindern ohne geregelten Aufenthaltsstatus auf Grundschulunterricht und den Zugang zur medizinischen Grundversorgung in Frage. Die Motion will unter anderem den Datenaustausch zwischen staatlichen Stellen erleichtern und zielt dabei explizit auf Schulen. Für Schulen würde dies bedeuten, dass sie *Sans-Papiers*-Kinder künftig bei den Einwohnerbehörden melden müssten. Dies hätte zur Folge, dass *Sans-Papiers*-Eltern ihre Kinder nicht zur Schule schicken, aus Angst, entdeckt zu werden. Die Motion stellt damit das Recht auf Grundschulunterricht für alle Kinder in der Schweiz infrage, das in der Bundesverfassung und in der UN-Kinderrechtskonvention verbrieft ist. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz hatte bereits im Jahr 2018 vor einem ähnlich lautenden Vorstoss gewarnt (Siehe dazu: [Stellungnahme zur Motion 18.3005](#)).

Im **Ständerat** wird die Motion von Daniel Frei beraten, mit der er den Bundesrat beauftragt, gesetzliche Grundlagen für [qualitative Standards bei Gutachten im Kindes- und Erwachsenenschutzrechts](#) zu erarbeiten. Der Nationalrat hat der Motion bereits zugestimmt. Ebenfalls bereits zugestimmt hat der Nationalrat der Motion seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, die die [Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister](#) zum Ziel hat. Schliesslich befasst sich der Ständerat mit der Motion von Philippe Nantermod, die die [unrechtgemässe Verweigerung des Besuchsrechts](#) (Recht auf persönlichen Verkehr) für den nicht sorgeberechtigten Elternteil unter Strafe stellen wird. Der Nationalrat hat der Motion bereits zugestimmt.

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar: [Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



## Sessionswoche 1

## Nationalrat

Montag 28.02.2022	Dienstag 01.03.2022	Mittwoch 02.03.2022	Donnerstag 03.03.2022	Freitag 04.03.2022
<b>Postulat</b> Feri Yvonne		<b>Motion</b> Markwalder Christa	Piller Carrard Valérie	
<b>Kurzsichtigkeit bei Kindern</b>		<b>Keine Lehrabbrüche System der Alimenten- von Asylsuchenden, bevorschussung ver- die bereits in den bessern schweizerischen Ar- beitsmarkt integriert sind</b>		
20.3057		20.3322	19.459	
<b>Motion</b> Estermann Yvette		<b>Motion</b> Feri Yvonne	<b>Motion</b> Gugger Niklaus-Samuel	
<b>Die Zahl der Spätabtrei- bungen in der Schweiz reduzieren</b>		<b>Zwingend nötige An-Unter-16-Jährige wirk- passung des Straftat- sam vor pornografi- bestands der sexuellen Inhalten auf dem Belästigung von Kin- Internet schützen. #ban- dern porn4kids#</b>		
20.3191		20.3690	20.3374	
<b>Motion</b> Feri Yvonne		<b>Postulat</b> Brenzikofer Florence	Prezioso Batou Stefania	
<b>Früherkennung von Kindeswohlgefährdun- gen. Nationales Pro- gramm</b>		<b>Schaffung einer unab- lus Soli. Es wird endlich hängigen Ombuds- Zeit! stelle für Asylsu- chende</b>		
20.3231		20.3776	21.428	
<b>Motion</b>		<b>Postulat</b> Marti Samira		
<b>Keine Kinderarmut</b>		<b>Die rechtlichen Vorga- ben zur Verhinderung von Racial und Ethnic Profiling stärken</b>		
20.3381		20.3799		
		<b>Motion</b> Glarner Andreas		
		<b>Zwingende DNA-Prü- fung bei Familiennach- zug aus dem Ausland</b>		
		20.3845		
		<b>Postulat</b> Feri Yvonne		
		<b>Evaluation der Revi- sion der elterlichen Verantwortung nach Trennung oder Schei- dung</b>		
		20.3972		



**Motion**  
Fraktion SVP

**Für eine kohärente  
Praxis bei illegalen  
Einwanderern (Sans-  
Papiers)**

20.3987

---

**Motion**  
Feri Yvonne

**Nationale Strategie zur  
Bekämpfung der Cy-  
ber-Pädokriminalität**

20.4084

---

## **Sessionswoche 2**

**Ständerat**

**Montag**  
**07.03.2022**

**Dienstag**  
**08.03.2022**

**Mittwoch**  
**09.03.2022**

**Donnerstag**  
**10.03.2022**

**Freitag**  
**11.03.2022**

**Motion**  
Frei Daniel

**Qualitative Standards  
bei Gutachten im Kin-  
des- und Erwachsenen-  
schutzrecht**

19.3219

---

**Motion**

Nantermod Philippe

**StGB. Vergehen gegen  
die Familie. Verweige-  
rung des Rechts auf  
persönlichen Verkehr  
mit Strafe bedrohen**

19.3597

---



### Sessionswoche 3

### Nationalrat

Montag 14.03.2022	Dienstag 15.03.2022	Mittwoch 16.03.2022	Donnerstag 17.03.2022	Freitag 18.03.2022
		Standesinitiative Genf	Motion WBK-NR	
		<b>Für eine wirksame Ge-Kinderwunsch erfüllen, sundheitsförderung. Eizellenspende für Ehe-Begrenzung des Zu-paare legalisieren ckergehalts in industriell hergestellten Getränken und verarbeiteten Lebensmitteln</b>		
		20.311	21.4341	
		Standesinitiative		
		<b>Für eine klare Darstellung der Menge des schnellen Zuckers in Lebensmitteln</b>		
		21.315		

### Sessionswoche 3

### Ständerat

Montag 14.03.2022	Dienstag 15.03.2022	Mittwoch 16.03.2022	Donnerstag 17.03.2022	Freitag 18.03.2022
		Motion WBK-NR	Motion Lohr Christian	
		<b>Eintragung des Sorge-Nationale Strategie für rechts in die kantona-Kinder und Gesundheit len und kommunalen Einwohnerregister</b>		
		21,3981	19.4070	
		Motion Lisa Mazzone	Motion Maret Marianne	
		<b>Eine Lücke schliessen Präventionskampagne bei den Sorgfalts-nen gegen Gewalt pflichten im Umgang mit Gold</b>		
		21,4655	21.4418	



## Übersicht über die relevanten Geschäfte der Herbstsession 2021

### **Interpellation Mazzone Lisa**

**21.4655**

#### **Eine Lücke schliessen bei den Sorgfaltspflichten im Umgang mit Gold**

In der Vernehmlassung zu der Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz bezüglich Mineralien und Metallen aus Konfliktgebieten und Kinderarbeit (VSoTr) wurde in verschiedenen Stellungnahmen gefordert, im Zusammenhang mit den Sorgfaltspflichten bezüglich Gold seien die für Ausnahmen vorgesehenen Einfuhrmengen zu senken, die Anforderungen an die Sorgfaltspflichten zu harmonisieren und der ganze Bereich des rezyklierten Goldes in die Verordnung aufzunehmen.

Die Interpellantin stellt nun verschiedene Fragen dazu an den Bundesrat, u.a. warum der Bundesrat das Anliegen der Branche, die die Schwelle für die Goldeinfuhrmenge auf null senken wollte, nicht berücksichtigt hat. Weiter will sie wissen, wie der Bundesrat die Sorgfaltspflichten nach Artikel 964quinquies des Obligationenrechts und der dazugehörigen Verordnung mit der EMKV in Einklang bringen will. Ob die Ausweitung der Sorgfaltspflicht nach Artikel 168a Absatz 3 der EMKV geplant sei und wenn nein, wie er der Rechtsunsicherheit für die Goldimporteure begegnen wolle.

### **Motion Frei Daniel**

**19.3219**

#### **Qualitative Standards bei Gutachten im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht**

Der Bundesrat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zu erarbeiten für qualitative Standards bei Gutachten im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Der Motionär stellt fest, dass Gutachten in der Praxis ein grosser faktischer Stellenwert zukommt, da sich die Behörden sehr häufig an den Einschätzungen und Empfehlungen der Gutachten orientieren und auch nicht immer über genügend Ressourcen verfügen, diese vertieft zu beurteilen und zu hinterfragen. Umso wichtiger sei es, dass Gutachten sorgfältig erstellt werden. Dafür brauche es eine Qualitätssicherung nicht nur bei der Anordnung und Würdigung von Gutachten, sondern auch bei deren Erstellung. Der Bundesrat empfiehlt, die Motion abzulehnen. Der Nationalrat hat der Motion mit 124 zu 60 Stimmen bei einer Enthaltung zugestimmt. Nun behandelt der Ständerat die Motion.

### **Motion Nantermod Philippe**

**19.3597**

#### **StGB. Vergehen gegen die Familie. Verweigerung des Rechts auf persönlichen Verkehr bestrafen**

Mit der Motion wird der Bundesrat ersucht, über eine Änderung des Strafgesetzbuches einen Straftatbestand für Fälle einzuführen, in denen dem nicht sorgeberechtigten Elternteil der persönliche Verkehr mit einem minderjährigen Kind unrechtmässig verweigert wird. Obwohl die gesetzliche Verankerung des Prinzips der gemeinsamen elterlichen Sorge und die Verpflichtung bei Scheidung die Möglichkeit eines geteilten Sorgerechts zu berücksichtigen bestehen, gibt es Fälle, in denen das Recht auf persönlichen Verkehr verletzt wird und das Kind sich von einem Elternteil entfremdet. Der Motionär begründet die Forderung damit, dass persönliche Beziehungen zu beiden Elternteilen zu unterhalten, ein in der UN-Kinderrechtskonvention verankertes Grundrecht ist. Der Bundesrat erachtet die Schaffung eines neuen Straftatbestandes nicht als adäquates Mittel, um den Vollzug des Besuchsrechts sicherzustellen. Der Nationalrat hat der Motion jedoch bereits zugestimmt. Nun wird der Vorstoss im Ständerat behandelt.



## **Motion Lohr Christian**

**19.4070**

### **Nationale Strategie für Kinder und Gesundheit**

Die Motion fordert den Bundesrat auf, dem Parlament eine nationale Strategie für Kinder- und Jugendgesundheit vorzulegen. Die Strategie soll neben Zielen, einen Aktionsplan sowie eine adäquate Finanzierung beinhalten. Von der Gesundheit betroffene Politikbereiche (z.B. Bildung, Soziales) sowie Rahmenbedingungen, Umfeld und Lebensphasen sind mit einzubeziehen. Überdies soll die Strategie anschlussfähig an die strategischen Überlegungen für die Agenda 2030 sein.

Entgegen der Empfehlung des Bundesrates stimmt der Nationalrat der Motion zu. Als nächstes befasst sich der Ständerat mit der Motion.

## **Motion Estermann Yvette**

**20.3191**

### **Die Zahl der Spätabtreibungen in der Schweiz reduzieren**

Die Motionärin verlangt vom Bundesrat, Massnahmen zu erarbeiten, damit die Zahl der Abtreibungen nach der 12. Schwangerschaftswoche markant reduziert werden kann. Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung. Aus seiner Sicht sind die aktuellen Massnahmen ausreichend und geeignet, damit Schwangerschaftsabbrüche nach der 12. Schwangerschaftswoche auch künftig stets Ultima Ratio bleiben. Der Nationalrat befasst sich als Erstrat mit der Motion.

## **Motion Feri Yvonne**

**20.3231**

### **Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen. Nationales Programm**

Mit der Motion wird der Bundesrat aufgefordert, ein nationales Programm zur besseren Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen zu schaffen. Die verbesserte Ausbildung von Fachpersonen, welche mit Kindern arbeiten sowie eine wissenschaftlich fundierte Evaluation bereits bestehender Instrumente und Prozesse sollen die obersten Ziele sein. Auf einer neu geschaffenen Nationalen Plattform sollen die gewonnen Erkenntnisse den nationalen, kantonalen und regionalen Akteuren bekanntgemacht werden. Eine Informationskampagne soll Fachpersonen auf bereits vorhandene Unterstützungsangebote hinweisen und generell für das Thema sensibilisieren.

Der Bundesrat empfiehlt den Vorstoss zur Ablehnung, der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.



### **Motion Markwalder Christa**

**20.3322**

#### **Keine Lehrabbrüche von Asylsuchenden, die bereits in den schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind**

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen und die Praxis dahingehend anzupassen, dass Asylsuchende, die mit einem gültigen Lehr- oder Ausbildungsvertrag bereits im schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind, ihre Berufsausbildung weiterführen und abschliessen können. Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat, der Bundesrat empfiehlt ihn zur Ablehnung.

### **Motion Gugger Niklaus-Samuel**

**20.3374**

#### **Unter-16-Jährige wirksam vor pornografischen Inhalten auf dem Internet schützen. #banporn4kids#**

Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung die gesetzlichen Anpassungen vorzulegen, die Fernmeldediensteanbieter verpflichten, Zugangssperren über Anbieter zu verfügen, welche pornografische Inhalte im Sinne von Artikel 197 Absatz 1 StGB verbreiten, ohne hinreichende technische Vorkehrungen zum Schutz von Personen unter 16 Jahren zu treffen. Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung. Aus seiner Sicht sind diejenigen Massnahmen, die der Bundesrat zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Pornografie im Internet durchsetzen kann, bereits umgesetzt oder stehen kurz davor.

Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.

### **Motion**

**20.3381**

#### **Keine Kinderarmut**

Der Bundesrat wird aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die für Familien bzw. Erziehungsberichtigte ohne existenzsicherndes Einkommen die Möglichkeit schafft, Unterstützung analog dem Modell der Ergänzungsleistungen für AHV und IV beziehen zu können. Die Anspruchsberechtigung soll gelten, bis die Kinder bzw. jungen Erwachsenen ihre Ausbildung/ihr Studium abgeschlossen haben.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Vorstosses, der Nationalrat behandelt ihn als Erstrat.

### **Motion Feri Yvonne**

**20.3690**

#### **Zwingend nötige Anpassung des Straftatbestands der sexuellen Belästigung von Kindern**

Der Bundesrat wird beauftragt eine Vorlage zu erarbeiten, die alle neue Formen von sexueller Belästigung mit Schriften und mittels moderner Informations- oder Kommunikationstechnologien gesetzlich erfasst. Wenn das Opfer unter 16 Jahren ist, wird die Tat von Amtes wegen verfolgt und der Täter/die Täterin bestraft.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, da das Anliegen bereits von Seiten des Parlaments mit der überwiesenen Parlamentarischen Initiative 18.434 (Amherd) Bregy "Cybergrooming mit Minderjährigen endlich unter Strafe stellen" aufgenommen worden ist. Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.

### **Motion Glarner Andreas**

**20.3845**

#### **Zwingende DNA-Prüfung bei Familiennachzug aus dem Ausland**

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament die entsprechenden Gesetzesänderungen vorzuschlagen, damit für unter sämtlichen Aufenthaltsstatus geplanter Familiennachzug vor der Bewilligung nebst den üblichen Unterlagen und Beweisen für die tatsächliche oder angebliche Verwandtschaft neu auch zwingend ein DNA-Test gemacht werden muss.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat wird sie als Erstrat behandeln.



## **Motion**

**20.3987**

### **Für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern (Sans-Papiers)**

Der Bundesrat wird beauftragt, im Sinne einer kohärenten Praxis bei illegalen Einwanderern (Sans-Papiers), Massnahmen und Gesetzesanpassungen namentlich in folgenden Bereichen vorzuschlagen:

1. Rechtsansprüche auf und aus Sozialversicherungen (namentlich AHV und Krankenversicherung) sind auf Personen mit geregeltm Aufenthaltsstatus zu beschränken. Vorbehalten bleiben Sozialversicherungsabkommen.
2. Verschärfung der Strafnormen für Arbeitgeber von illegalen Einwanderern, deren Arbeitsvermittler und Vermieter von Mietobjekten.
3. Sicherstellung des Datenaustausches zwischen staatlichen Stellen betreffend Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus (bspw. für Schulbesuche und individuelle Förderung).

Die Motion greift das Kernanliegen der zurückgezogenen Motion der SGK-NR 18.3005 auf. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelt sie als Erstrat.

## **Motion Feri Yvonne**

**20.4084**

### **Nationale Strategie zur Bekämpfung der Cyber-Pädokriminalität**

Der Bundesrat wird beauftragt, eine nationale Strategie zur effizienten Bekämpfung der Cyber-Pädokriminalität auszuarbeiten. Im Hinblick auf die Abgabe der verdeckten Ermittlung vom Bund an die Kantone per Januar 2021 muss eine nationale Strategie sicherstellen, dass die Verfolgung von Cyber-Pädokriminellen nicht an Kantons- und kantonalen Rechtsunterschieden scheitert. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass mit den aktuellen und geplanten Strukturen und Massnahmen eine koordinierte und zielgerichtete Bekämpfung der Pädokriminalität über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus bereits heute gewährleistet ist und empfiehlt den Vorstoss zur Ablehnung.

Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.

## **Motion WBK-NR**

**21.3981**

### **Eintragung des Sorgerechts in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister**

Der Bundesrat wird beauftragt, die im Bericht zum Postulat Fluri „Zugang zur Information über die elterliche Sorge“ angekündigte Machbarkeitsstudie so rasch als möglich durchzuführen und falls möglich, die rechtlichen Grundlagen für die Eintragung der elterlichen Sorge in die kantonalen Einwohnerregister schaffen. Der Nationalrat folgte dem Antrag des Bundesrates und stimmte oppositionslos der Kommission seiner Bildungskommission zu. Das Geschäft wird nun im Ständerat behandelt.





## **Motion WBK-NR**

**21.4341**

### **Kinderwunsch erfüllen, Eizellenspende für Ehepaare legalisieren**

Die Motion der WBK-N beauftragt den Bundesrat, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen und deren Rahmenbedingungen festzulegen, um die Eizellenspende für Ehepaare zu ermöglichen, bei welchen der Unfruchtbarkeitsgrund bei der Frau liegt. Der Bundesrat soll ebenfalls eine Roadmap vorlegen, die alle offenen Fragestellungen zum Sachverhalt thematisiert und regelmässig über die Fortschritte der Arbeit informieren. Eine Minderheit der Kommission (Huber, Keller Peter, Gafner, Tuena) beantragt, die Motion abzulehnen.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion und verweist auf die laufende Evaluation des Fortpflanzungsgesetzes, deren Resultate 2023 zu erwarten sind. Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.

## **Motion Maret Marianne**

**21.4418**

### **Präventionskampagnen gegen Gewalt**

Der Bundesrat wird beauftragt, regelmässig schweizerische Präventionskampagnen gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt durchzuführen. Die Kampagnen sollen unterschiedliche Formen von Gewalt abdecken und sich zielgruppengerecht an unterschiedliche Betroffenengruppen wie auch an (potentielle) Tatpersonen richten. Dabei gilt es die Verpflichtung der Istanbul-Konvention einzuhalten (Art. 4 & 13 IK) und die Fachorganisationen und -stellen mit einzubeziehen. Der Ständerat wird die Motion als Erstrat behandeln.

## **Parlamentarische Initiative Piller Carrard Valérie**

**19.459**

### **System der Alimentenbevorschussung verbessern**

Mit der Parlamentarischen Initiative soll die Bundesgesetzgebung so geändert werden, dass die Grundsätze über die Harmonisierung der Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen durch die Kantone in der Verfassung festgeschrieben werden und im ZGB ausgeführt wird, dass die Kantone die Ausrichtung von Vorschüssen für den Unterhalt der berechtigten Person regeln, wenn die verpflichtete Person ihre Unterhaltspflicht nicht nachkommt. Dabei sei der Betrag der Vorschüsse so zu bemessen, dass er das Existenzminimum der berechtigten Person deckt. Die Rechtskommissionen des Nationalrats hat der Initiative Folge gegeben, jedoch nach dem Nein der ständerätlichen Rechtskommission in der Differenzbereinigung mit 12 zu Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen, keine Folge zu geben. Die Initiative ist nun im Nationalrat traktandiert.

## **Parlamentarische Initiative Prezioso Batou Stefania**

**21.428**

### **Ius Soli. Es wird endlich Zeit!**

Die Parlamentarische Initiative fordert, jeder Person, die in der Schweiz von ausländischen Eltern geboren wurde und die auf dem Gebiet der Schweiz lebt, soll beim Erreichen der Volljährigkeit von Gesetzes wegen automatisch das Schweizer Bürgerrecht sowie das Kantons- und Gemeindebürgerrecht verliehen werden. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats beantragt, keine Folge zu geben. Die Initiative wird im Nationalrat behandelt.



### **Postulat Feri Yvonne**

**20.3057**

#### **Kurzsichtigkeit bei Kindern**

Mit dem Postulat wird der Bundesrat beauftragt, 1. die Prävalenz, die Prävention und die Behandlung von Kurzsichtigkeit bei Kindern in der Schweiz zu erheben, die Ergebnisse der Erhebung zusammen mit internationalen Erkenntnissen in einem Bericht zusammenzustellen und 2. basierend darauf eine Strategie zur Bekämpfung der Kurzsichtigkeit bei Kindern entwickeln und umzusetzen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats, der Nationalrat befasst sich damit als Erstrat.

### **Postulat Brenzikofer Florence**

**20.3776**

#### **Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle für Asylsuchende**

Mit dem Postulat soll der Bundesrat beauftragt werden, die Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle im Asylwesen zu prüfen. Diese Meldestelle soll Ansprechpartner bei Gewalt, Diskriminierung und anderweitigen schwerwiegenden Problemen in den Asylunterkünften sein. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats mit Verweis auf die Zuständigkeit der Kantone. Der Nationalrat behandelt das Postulat als Erstrat.

### **Postulat Marti Samira**

**20.3799**

#### **Die rechtlichen Vorgaben zur Verhinderung von Racial und Ethnic Profiling stärken**

Der Bundesrat wird aufgefordert, dem Parlament die Rechtsgrundlagen für die effektive Durchsetzung des Verbots von Racial und Ethnic Profiling und die Stärkung des Rechtsschutzes von Betroffenen vorzulegen. Der Bundesrat beantragt das Postulat abzulehnen, der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.

### **Postulat Feri Yvonne**

**20.3972**

#### **Evaluation der Revision der elterlichen Verantwortung nach Trennung oder Scheidung**

Der Bundesrat wird beauftragt, mittels einer Evaluation darzulegen, welche Wirkung die Neuregelung der elterlichen Verantwortung nach Trennung und Scheidung hat (gemeinsame elterliche Sorge und Neugestaltung des Unterhaltsrechts), ob die Ziele der beiden Revisionen erreicht worden sind und ob nicht intendierte Nebeneffekte aufgetreten sind. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung, der Nationalrat befasst sich als Erstrat damit.

### **Standesinitiative**

**20.311**

#### **Für eine wirksame Gesundheitsförderung. Begrenzung des Zuckergehalts in industriell hergestellten Getränken und verarbeiteten Lebensmitteln**

Der Kanton Genf fordert den Bundesrat mittels dieser Standesinitiative auf, angesichts der schädlichen Auswirkungen von Zucker auf die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, die Zuckermenge, die bei der Lebensmittelherstellung zugesetzt werden darf, streng zu begrenzen. Der Kanton Genf hat bereits beschlossen, eine Steuer für den Zuckerzusatz in industriell hergestellten Süssgetränken und verarbeiteten Produkten einzuführen. Ziel der Steuer ist nicht, die Kosten auf die Konsumentinnen und Konsumenten abzuwälzen, sondern die Produzenten dazu zu bringen, den Zuckergehalt in den Lebensmitteln zu senken. Zusätzlich zur Einführung einer Steuer müsse das Problem auch direkt angegangen werden, indem der Zuckergehalt in industriell hergestellten Süssgetränken und verarbeiteten Lebensmitteln streng begrenzt wird. Die Bildungscommission des Ständerats hat der Initiative keine Folge gegeben.

Der Ständerat lehnt die Standesinitiative ab, nun befasst sich der Nationalrat damit.



## **Standesinitiative**

**21.315**

### **Für eine klare Darstellung der Menge des schnellen Zuckers in Lebensmitteln**

Die Standesinitiative des Kantons Freiburg lädt die Bundesbehörden ein, die nötigen Gesetzesbestimmungen zu erlassen, namentlich eine Anpassung der Verordnung des EDI betreffend die Information über Lebensmittel (LIV; SR 817.022.16), damit: 1. die Angabe des Zuckergehalts in der Nährwertdeklaration obligatorisch wird; 2. zudem eine lesbare und für Konsumentinnen und Konsumenten verständliche Kennzeichnung des Zuckergehalts obligatorisch wird. Die Bildungskommission des Ständerats hat der Initiative keine Folge gegeben. Der Ständerat behandelt die Initiative als Erstrat. Die Thematik soll jedoch im Rahmen des angenommenen Postulats «Verbesserung der Wirksamkeit des Nutri-Scores» behandelt werden.

Der Ständerat ist gegen die Standesinitiative, nun befasst sich der Nationalrat damit.